

SPD UNTERSTÜTZT STÄDTE UND GEMEINDEN

Weitere 5 Milliarden für die Kommunen

Bessere Schulen, intakte Straßen, eine gute Kinderbetreuung und eine schnelle Internetverbindung: wir alle erwarten eine hohe Lebensqualität in unserem direkten Umfeld. Viele Städte und Gemeinden sehen sich aber nicht mehr in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen. Das hat die SPD erkannt und bereits im Koalitionsvertrag 2013 Entlastungen für die Kommunen festgeschrieben.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen ein, um ihnen wieder Handlungsspielräume zu geben. Uns ist es wichtig, die Kommunen im Bereich der Kinderbetreuung zu unterstützen. Deshalb haben wir einerseits das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ um 550 Mio. Euro erhöht. Die Länder erhalten andererseits in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 100 Mio. Euro aus der Umsatzsteuer zur Finanzierung von Kita-Betriebskosten.

Im November 2016 haben wir die weitere Entlastung der Kommunen beschlossen. Die Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben um rund fünf Milliarden Euro jährlich. Die Kommunen in Hessen erhalten etwa 408,4 Mio. Euro.



Außerdem wurden für das kommende Jahr zusätzlich rund 30 Mio. Euro für die Entwicklung des ländlichen Raumes und 75 Mio. Euro für das Programm „Altersgerechtes Umbauen“ beschlossen.

Die SPD hat sich in den Verhandlungen für einen Verteilungsschlüssel eingesetzt, der gezielt strukturschwache Kommunen entlastet. Das verweigerte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jedoch. Eine Milliarde Euro der neu beschlossenen Mittel fließt über die Länderhaushalte. Deshalb ist jetzt das Land Hessen gefordert, das Geld zügig weiter zu geben.

Diese unmittelbare Weitergabe war in der Vergangenheit jedoch nicht selbstverständlich. In Berlin habe ich für zusätzliche Mittel an die Kommunen gestimmt und im Stadtparlament in Groß-Umstadt muss ich erfahren, dass das Geld vor Ort nicht ankommt. Die SPD hat deshalb im Haushaltsausschuss die Bundesregierung dazu verpflichtet, jährlich über die Verwendung der Mittel in den Ländern zu berichten.

LASSEN SIE UNS ÜBER DIE ZUKUNFT REDEN!

Ergebnisse der Projektgruppen vorgestellt

Mit dieser Aufforderung ist die SPD-Bundestagsfraktion vor einem Jahr in den Dialog getreten: mit Fachleuten, Organisatoren sowie Bürgerinnen und Bürgern.

Im November haben wir die Ergebnisse vorgestellt. Meine Projektgruppe #NeuerZusammenhalt hat drei Papiere erarbeitet. Wir fordern u.a. den flächendeckenden Breitbandausbau und die Unterstützung einer Gründerkultur.

Wer Interesse an den Ergebnissen der Projektgruppen hat, erhält sie in gedruckter Form in meinen Büros oder digital unter spdfraktion.de/projektzukunft



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Nominierungskonferenz am 2. November in Groß-Umstadt war für mich ein toller Abend und, ganz persönlich, mein Höhepunkt des Jahres 2016. Die Delegierten haben mich mit Rückenwind in den Bundestagswahlkampf geschickt: Danke für tolle 97,2 Prozent Zustimmung!

Ich freue mich auf die inhaltliche Auseinandersetzung im Wahlkampf. Dabei wird sich zeigen, welche Unterschiede es zwischen den Parteien gibt. Die CDU hat sich auf ihrem Bundesparteitag im Dezember für die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft ausgesprochen. Für die SPD ist Mehrstaatlichkeit aber kein Integrationshindernis. Das unterscheidet uns offensichtlich von der CDU.

Die doppelte Staatsbürgerschaft wurde erst in dieser Legislaturperiode auf der Druck der SPD eingeführt. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern müssen sich nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden.

Diese Unterschiede zwischen den Parteien und die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, darum wird es bei der Bundestagswahl im Herbst gehen.

In der Großen Koalition konnten wir viele wichtige Verbesserungen durchsetzen. Trotzdem gibt es noch viel zu tun. Die Rente muss auf eine gerechte und solide Basis gestellt werden, ohne Jung und Alt gegeneinander auszuspielen. Mit neuen Mehrheiten müssen wir noch entschiedener gegen Steuerhinterziehung großer internationaler Konzerne vorgehen. Dazu gehört auch ein neuer Finanzminister, der die Finanztransaktionssteuer durchsetzt, statt sie immer weiter zu blockieren. Ich bin überzeugt: Wir brauchen einen neuen politischen Aufbruch in unserem Land.

Mein persönliches Ziel ist es, den Wahlkreis Odenwald für die SPD direkt zu gewinnen. Deshalb versuche ich schon

seit vier Jahren für alle vor Ort ansprechbar zu sein. Unabhängig ob Landrat, Bürgermeister oder Bürgerinnen und Bürger, wer sich bei mir meldet, der- oder demjenigen helfe ich weiter. Die Antwort „nicht zuständig“ gibt es bei mir nicht. Diese Arbeit will ich fortsetzen, denn ich kümmere mich gerne. Das gehört für mich als Abgeordneter einfach dazu.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start ins Jahr 2017 und freue mich auf einen spannenden Wahlkampf.

FOLGEN SIE MIR:

[/JensZimmermannHessen](https://www.facebook.com/JensZimmermannHessen)

[/JensZimmermann1](https://twitter.com/JensZimmermann1)

Newsletter und vieles mehr: www.jens-zimmermann.org



Impressum: Dr. Jens Zimmermann, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos: Büro Dr. Jens Zimmermann, SPD-Bundestagsfraktion

Titel: Sebastian Krahnert - 123rf.com



NEWSLETTER VON DR. JENS ZIMMERMANN
BUNDESTAGSABGEORDNETER
FÜR DEN WAHLKREIS ODENWALD

